



# Das Reichsbanner

Nr. 2 32. Jahrgang Mai 1988

D 20179 F

## FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

### Die Wahl in Schleswig-Holstein

- Ein Kommentar -

Zum Ausgang der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein ist viel geschrieben worden. Fast ausnahmslos und ausschließlich wird das Ergebnis auf die Barschel-Affäre zurückgeführt. Das „bayerische“ Wahlergebnis wird jedoch - trotz aller gegenteiligen Beteuerungen - seine Auswirkungen auf die Politik in Bonn haben. Daran werden auch Sprachregelungen wie „Ausnahmewahl“ oder „Einzelergebnis“ nichts ändern. Dies zeigt allein schon die Tatsache, daß sich durch die Wahl in Kiel die Stimmenverhältnisse im Bundesrat geändert haben, für die Inhalte der zukünftigen Bonner Politik voraussehbar wesentlich. Denn, wenn man so will, der Sieger der Wahl heißt nicht nur Björn Engholm, sondern auch Franz Josef Strauß. Ohne ihn kann die Bonner Koalition im Bundesrat nichts mehr durchsetzen. Wer Strauß kennt, darf annehmen, daß er diese Position nutzt, nicht nur innen- sondern auch außenpolitisch. Asylrecht, innere Sicherheit, § 218, Aids, Südafrika, um nur einige Themen zu nennen, dürften in Zukunft, jedenfalls bis 1990, noch stärker als bisher von der CSU mitgeprägt werden. Es wird sich zeigen, ob der stärkere Einfluß konservativer Politik Münchener Prägung es rechtfertigt, dann noch im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein von einem Sieg der Demokratie zu reden.

Im übrigen wäre dies nur dann gerechtfertigt, wenn sich die Lehren aus der Barschel-Affäre in der Praxis umgesetzt hätten. Zweifel sind da erlaubt. Bei der Affäre Barschel ging es ja nicht nur um die Person des ehemaligen Ministerpräsidenten. Die politische Verantwortung für die Geschehnisse trägt die gesamte Partei, zumindest in Schleswig-Holstein. Der Umgang des Uwe Barschel mit der Macht, sein Umgang mit anderen, die ihm im Wege standen, wird sich nicht plötzlich, wie aus heiterem Himmel, in's Negative gewendet haben. Es ist nicht vorstellbar, daß sein schneller, unaufhaltsamer Aufstieg nach den Grundsätzen christlicher Nächstenliebe vollzogen wurde. Dies setzt entsprechende parteiinterne Strukturen und geistige Verwandtschaft voraus. Nur so sind auch Schwierigkeiten erklärbar, die

die CDU heute noch im Umgang mit der Angelegenheit hat. Der Sprecher der CDU im Untersuchungsausschuß hat es am eigenen Leibe erfahren müssen.

Genau dies hat der Wähler erkannt. Denn Uwe Barschel ist tot und Heiko Hoffmann, soweit bekannt, ehrlich und integer. Das Wahlergebnis ist daher keine Quittung für die Vergangenheit, sondern allenfalls dafür, daß sich nach Einschätzung des Wählers bis heute grundlegend nichts in der CDU geändert hat.

Es wäre allerdings falsch, das Wahlergebnis allein auf die Barschel-Affäre zurückzuführen. Es ist auch die Quittung für die unsoziale Politik in Bonn, wie sie sich beispielsweise in der Steuer- und Gesundheits- „Reform“ ausdrückt. Die, die es anders sehen, verdrängen, daß die CDU in Schleswig-Holstein im September vorigen Jahres bereits 6,4% verloren hatte, ohne daß die Affäre Barschel eine Rolle spielte. Franz Josef Strauß hat - wenn auch nicht ohne Hintergedanken - zurecht Zweifel geäußert, daß die CDU selbst ohne Barschel-Affäre nochmals den Ministerpräsidenten hätte stellen können. Die Absicht derjenigen, die den Ausgang der Wahl allein auf die Barschel-Affäre zurückführen und behaupten, die SPD sei nicht wegen ihrer Politik gewählt, sondern die CDU sei abgewählt worden, liegt auf der Hand: Die Verhinderung sozialdemokratischer Politik. Wo blieben solchen mahnenden Worte der konservativen Presse nach der Hessenwahl, obwohl dort die CDU/FDP Koalition nur mit hauchdünner Mehrheit regiert und die CDU eines ihrer schlechtesten Wahlergebnisse erzielte? Der Wähler als mündiger Staatsbürger soll auch nicht bemerkt haben, daß die SPD zum Beispiel in der Schul- und Energiepolitik wesentlich andere Positionen bezieht als die CDU? Die Barschel-Affäre ist daher nicht der alleinige Grund für den Wahlausgang in Schleswig-Holstein; er ist auch Ausdruck des Vertrauens in die Person Björn Engholms und die von ihm verkörperte Politik und des Unmuts und der Ablehnung der Bonner Politik.

H. Schutz

## Reichsbanner intern

### Bundeskonzferenz

Auf der Bundeskonferenz am 23. April 1988 in Frankfurt/M. wurde die der Zeit angepaßte Satzung verabschiedet. Danach wurde der geschäftsführende Bundesvorstand auf 4 Jahre gewählt.

Das Grundsatzreferat von Walter Hesselbach fand Anerkennung und Zustimmung. Es soll vielfältig und in Broschüren baldmöglichst herausgebracht werden.

In den Bundesvorstand wurden neu bzw. wieder gewählt:

### Geschäftsführender Bundesvorstand

Walter Hesselbach, Ffm., 1. Bundesvorsitzender  
Bodo Thomas, Berlin, stellv. Bundesvorsitzender  
Karl-Heinz Jungmann, Ffm., stellv. Bundesvorsitzender

Kurt Kelly, Schlüchtern, Schriftführer  
Alfred Körner, Ffm., stellv. Schriftführer  
Thomas Wissgott, Hanau, Schatzmeister  
Maria Jülg, Ffm., stellv. Schatzmeisterin  
Heinrich L. Bode, Dietzenbach, Pressereferent  
Karl Petermann, Ffm., stellv. Pressereferent

### Bundesehrenvorsitzende sind:

Georg Prinz, Hofheim-Diedenbergen  
Fritz König, Frankfurt/M.

### Beisitzer

Dietrich Westermann, Bremen  
Helmut Fölsch, Hamburg  
Günter Reichelt, Berlin  
Rudolf Vohmann, Bayern  
zur Zeit offen, Hessen

### Bundesrevisoren

Albert Schmitt, Frankfurt  
Stefan Klee, Frankfurt  
Werner Röhre, Maintal

### Schlichtungskommission

Dr. Burkhard Bösche, Frankfurt  
Paul Stein, Frankfurt  
Heinrich Meissner, Bremen  
Friedel Funk, Frankfurt  
Willi Eid, Darmstadt

## Reichsbanner für Abrüstung

Frankfurt (Ihe) - Der Bundeskongress des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold - Bund aktiver Demokraten - hat den ehemaligen Bankier Walter Hesselbach als Vorsitzenden in seinem Amt bestätigt.

Die rund 50 Delegierten sprachen sich auf der zweitägigen Versammlung am Wochenende in Frankfurt für Völkerverständigung, Frieden und eine allseitige Abrüstung aus.

In seinem Grundsatzreferat sagte Hesselbach, der demokratische Staat müsse sich angesichts der zunehmenden Gefährdungen durch rechtsextremistische Gruppierungen seiner Werte bewußt sein und sich selbst verteidigen.

Die Organisation, in der Weimarer Zeit paramilitärisch aktiv, setzt sich heute für den Bestand und den Ausbau des demokratischen sozialen Rechtsstaates und seiner freiheitlichen Grundordnung ein.

Offenbach-Post

## Wächter der Demokratie

Mit dem Namen „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wissen heute nicht mehr viele etwas anzufangen. Und wer sich erinnert, den mag es erstaunt haben, daß diese Organisation am Wochenende in Frankfurt eine Bundeskonferenz abgehalten hat, daß es sie also noch gibt.

Entstanden ist sie 1924 als ein überparteilicher Bund zum Schutz der jungen Republik gegen ihre Feinde von links und rechts. Sie kämpfte geistig und mit Fäusten, von der ersten Stunde an auch gegen den Antisemitismus der Völkischen.

Der Kampf ging verloren, wie man weiß, und das Reichsbanner von heute mag als ein Traditionsverein der alten Herren erscheinen. Doch die Mitglieder sehen Aufgaben auch in Gegenwart und Zukunft. Sie verstehen sich als „Bund aktiver Demokraten“, über Parteigrenzen hinweg auf die Bewahrung des Rechtsstaates eingeschworen.

Diese Frauen und Männer sehen sich in der Rolle wachsamer Hüter. Nüchtern erkennen sie sich dabei auf einer Gratwanderung: Der demokratische Staat soll sich selbst verteidigen, darf dabei jedoch keineswegs seine ethischen Grundlagen verletzen. Die demokratische Republik darf ihren Feinden nicht die Mittel zur Vernichtung der Demokratie liefern, aber sie darf im Kampf gegen ihre Gegner auch nicht die eigenen Prinzipien beschädigen.

An die aktiven Politiker richtet diese Gruppe dabei den Appell, das parteiübergreifende Gemeinsame zu achten, geeint durch den Konsens über die sozialen Grundlagen der demokratischen Gesellschaftsordnung.

Die Saalschlachten und Straßenkämpfe der Weimarer Zeit gehören der Vergangenheit an. Das Reichsbanner ist keine militante Truppe mehr. Aber die alten Erfahrungen leben hier fort und schärfen den Blick für Bewegungen, die im Schutz der gewonnenen Freiheitsrechte die Demokratie abschaffen wollen.

Andererseits will sich die Wachsamkeit nicht in der Ausschau nach Parallelen zum Beginn der dreißiger Jahre erschöpfen. Beim Reichsbanner wird gesehen, daß der Demokratie auch Gefahr erwächst aus dem Mangel an politischer Glaubwürdigkeit, aus einer Vertrauenslücke.

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Das fragt nach der Übereinstimmung von programmatischen Zielen und praktischer Politik, von Sonntagsrede und Alltagsverhalten. Das setzt einen hohen politmoralischen Anspruch und begründet, warum sich das Reichsbanner als der Dominikanerorden der Republik versteht.

Lothar R. Braun, Offenbach-Post

## Nachruf

Mit tiefer Anteilnahme mußten wir von unserem Kameraden, dem Tempelhofer Vorsitzenden

### Franz Winzer

im Januar dieses Jahres Abschied nehmen.

Einem Mann, der schon in frühester Jugend dem Reichsbanner angehörte und der einer der Ersten, seit 1951, im Freiheitsbund e.V. Landesverband Berlin war. Sein Interesse galt stets der Demokratie, für die er sich mit ganzer Kraft einsetzte.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Nur wenig mehr als ein Jahr, folgte unsere Kameradin

### Wally Grodka

unserem langjährigen Vorstandsmitglied Günter Grodka nach.

Wir gedenken ihrer in stillem Beileid.

Im April erreichte uns die Nachricht über das Ableben unseres Kameraden

### Erwin Beck

einem langjährigen Mitglied gilt unser ehrenvolles Gedenken und tiefe Teilnahme seiner Familie.

### Der Bundesvorstand

### Der Landesverband Berlin teilt mit:

Nach zwei Landesauschuß-Sitzungen, am 24.2.88 und 30.3.88, die den Vorbereitungen zur Landes-Delegierten-Versammlung des Freiheitsbundes e.V. Landesverband Berlin am 14.4.88 und der Bundes-Konferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 23.4.88 in Frankfurt/Main dienten, konnten wir unsere Landes-Delegierten-Versammlung zügig und in großem Einvernehmen durchführen. Von insgesamt 40 Landesdelegierten der Bezirke waren 31 (77,5%) erschienen.

Nach den Berichten des Landesvorstandes und

deren Entlastung, erfolgten unter Vorsitz eines Neuköllner Kameraden die Wahlen zum neuen Landesvorstand und der Mitglieder zum erweiterten LV, sowie der Bundesdelegierten. Das Ergebnis der Wahlen in persona (im übrigen bei allen Kandidaten fast einstimmig) könnt ihr in Kürze über euren Bezirksvorstand erfahren:

**Und** das bedeutendste Ereignis in dieser Versammlung - unser langjähriger 2. Vorsitzender und Geschäftsführer legte vor den Neuwahlen sein Amt nieder.

Anlaß und höchstes Bedürfnis  
Richard Beck

zu unserem Ehrenvorsitzenden zu ernennen.

Mit Übergabe einer Ehren-Urkunde und einem Blumengruß, und starkem Beifall aller Delegierten, konnten wir unseren Dank für die geleistete Arbeit in all den Jahren zum ungeteilten Ausdruck bringen. Hierbei wurde auch seiner Frau gedacht, unserer Kameradin Ruth Beck, sie hat ihm hilfreich zur Seite gestanden.

Hier nochmals unser aller herzlichster Dank und noch viele Jahre in unseren Reihen!

Über den Inhalt der Bundeskonferenz des Reichsbanner erfahrt ihr aus den anderen Zeilen.

Günter Reichelt

## Aus der Geschichte lernen

### Zum 20. Juli

#### - Erinnerungen an Dr. Helmut Klotz

Im Reichsbanner Nr. 4 von 1987 fragte unser Reichsbannerkamerad Martin Anson nach Dr. Helmut Klotz, mit dem er in den 30er Jahren befreundet war. Unsere Nachforschungen haben nun die Geschichte eines Kameraden wieder bewußt gemacht, der im aktiven Widerstand gegen die Nationalsozialisten stand und dafür sein Leben ließ. Zum Gedenken an den 20. Juli soll hier stellvertretend für die vielen bekannten und unbekanntem Widerstandskämpfer seine politische und persönliche Geschichte in Erinnerung gerufen werden.

Am 30. Oktober 1884 wurde er als Sohn eines Oberverwaltungsgerichts- und Ministerialrats Dr. Gustav Klotz und seiner Ehefrau Johanna Pauline, geb. Manger, in Freiburg i.B. geboren. Nach dem Abitur wurde er 1912 Berufssoldat und diente im 1. Weltkrieg als Marineflieger. Als Oberleutnant zur See erhielt er das Eisene Kreuz 1. Klasse. Ab 1919 studierte er Staatswissenschaften und promovierte. Anschließend war er als Journalist tätig.

1922 trat er in die NSDAP ein, wurde führendes Mitglied in Baden und beteiligte sich am Münchner Putsch am 9. November 1923 als SA-Führer. Er wurde daraufhin in Haft genommen und Anfang 1924 wieder freigelassen. Während seiner Haftzeit entwickelte sich Helmut Klotz zu einem Gegner der Nationalsozialisten. 1924 wurde er deshalb aus der Partei ausgeschlossen.

Anfang 1929 trat er in die SPD und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein und arbeitete in den Berliner Gliederungen mit (Tempelhof). Von 1930 bis 1933 war er Herausgeber der Antifaschistischen Korrespondenz bzw. Allgemeine Presse-Korrespon-

denz, Berlin. 1932 veröffentlichte er eine stark beachtete Broschüre „Der Fall Röhm“, mit Briefen des SA-Chefs. Aufgrund dieser Publikation verprügelten ihn Nazi-Reichstagsabgeordnete am 12. Mai 1932 im Restaurant des Reichstages. Vier NSDAP Abgeordnete wurden daraufhin festgenommen.

Bevor Dr. Helmut Klotz aus seiner Wohnung verschleppt werden konnte, gelang ihm die Flucht nach Prag. Im Mai 1933 übersiedelte er von Prag nach Paris. In seiner Pariser Wohnung trafen sich viele sozialdemokratische Exilanten. Wegen seiner Kontakte zur KPD schloß ihn die Pariser Ortsgruppe der SPD jedoch 1934 aus der Partei aus.

Dr. Helmut Klotz beteiligte sich am Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus und arbeitete im Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront unter Heinrich Mann mit. Bereits 1934 hatten die Nazis ihm die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen.

Als republikanischer Flieger beteiligte sich Dr. Helmut Klotz am Spanischen Bürgerkrieg und half mit bei der Schaffung einer Deutschen Legion. In den Jahren 1939 und 1940 beriet er das französische Kriegsministerium.

Nach der Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen wurde er im Juli 1940 in Paris verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Am 27. November 1942 verurteilte der Freislersche Volksgerichtshof ihn wegen 'Hoch- und Landesverrats' zum Tode. Am 3. Februar 1943 wurde er am Zuchthaus Plötzensee hingerichtet.

In der Zeit seines Pariser Exils warnte Dr. Helmut Klotz durch seine Publikationen das Ausland vor der Gefahr des faschistischen Krieges und dem Machthunger der Nazis. So veröffentlichte er 1934 in Paris 'L'heure de Hitler' und in London 'Germany's Secret Armaments'. Ebenfalls 1934 veröffentlichte er in deutsch und französisch sein Buch 'Der neue deutsche Krieg' im Selbstverlag.

Dr. Helmut Klotz gehört zu jenen Menschen, über die die Geschichtsbücher leider fast nichts berichten, aus deren Leben aber wertvolle Erfahrungen für die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft gezogen werden können.

A. Matwejew

### **Das Dummerle an die Hand. Zur Geschichte des Reichsbanner aus der Sicht von Helga Gotschlich.**

1987 erschien im Ostberliner Dietz Verlag das Buch 'Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold' von Helga Gotschlich.

Die sieben Hauptkapitel sind überschrieben: I. Warum das Reichsbanner gegründet wurde; II. Die Anfänge des Reichsbanners; III. Das Reichsbanner in Aktion; IV. Die Wehrpolitik des Reichsbanners; V. Neue taktische Erwägungen; VI. Das Reichsbanner im Jahre 1932; VII. Das Ende des Reichsbanners.

Auf 196 Seiten stellt Helga Gotschlich die Geschichte des Reichsbanners aus der parteiichen Sicht der SED dar. Entsprechend kritisch fällt ihr Blick auf die Sozialdemokraten und entsprechend unkritisch wird die Politik der KPD in der Weimarer

Republik beurteilt. Wieder einmal mehr muß die Trennung von böser Führung und guter Masse die Geschichte erklären: „Weil rechte SPD-Funktionäre mit ihrer Politik objektiv dem Faschismus Vorschub leisteten, schlußfolgerten die Kommunisten, diese Vertreter der Sozialdemokratie seien 'Sozialfaschisten' - also Kräfte, die eine faschistische Diktatur direkt mit vorbereiten würden. Dieses Urteil war falsch. Je mehr die faschistische Gefahr wuchs, je deutlicher die Monopolbourgeoisie auf dem Wege zum Faschismus von der Sozialdemokratie abrückte, um so besser gelang es der KPD, dies zu erkennen, diese Einengung der Einheitsfrontpolitik zu überwinden. Im Sommer 1930 bemühte sich die KPD verstärkt darum, unter den sozialdemokratischen Massen wirksam zu werden.“ (S.77) Kein Wort zur falschen und spalterischen Einheitsfrontpolitik von unten, die von den Sozialdemokraten und den Reichsbannermitgliedern verlangte, gegen ihre eigenen Funktionäre aufzutreten. Für Helga Gotschlich gilt zwar: „Dort, wo linke, klassenverbundene Sozialdemokraten ein entscheidendes Wort mitsprachen, fanden auch Vorschläge der Kommunisten zur proletarischen Aktionseinheit Gehör.“ (S.9). Wie dies jedoch angesichts der Sozialfaschismusthese der KPD gelingen sollte, läßt sie unbeantwortet. „Viele Kommunisten sahen in den oppositionellen Reichsbannerkräften besonders wirksame Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung, da sie mit der Neugründung separater Schutzorganisationen kampfbereite Reichsbannermitglieder davon abhielten, sich in der Aktion mit dem RFB oder mit anderen revolutionären Organisationen zu vereinen.“ (S.77/78)

Einmal mehr reklamiert diese Art der Geschichtsschreibung die führende Rolle für die marxistisch-leninistische Partei (S.9) und nimmt das Dummerle, die Reichsbannermitglieder an ihre starke Seite: „In zunehmendem Maße bewährten sich auch Reichsbannermitglieder an der Seite der Kommunisten.“ (S.134)

Die Gründung des Reichsbanners war für die KPD, so Helga Gotschlich, „ein neues Hindernis“. (S.19) Und, so klingt es bei ihr, da die Absicht führender Kommunisten, dem Reichsbanner revolutionäre Arbeiter zuzuführen (!), scheiterte, beschloß die KPD die Gründung des RFB. (S.25) Über den zentralen Unterschied zwischen RFB und KPD schweigt sich die Autorin aus. Hatte der RFB die Sowjetisierung zum Ziel, so war das Reichsbanner ein Zweckbündnis zur Verteidigung der bürgerlichen Republik mit ihren Freiheitsrechten.

Anhand der Präsidentenwahlen, der Fürstenentschädigung, der Panzerkreuzerfrage, dem Arbeitsdienst und dem Reichskuratorium sucht Helga Gotschlich die revolutionäre Sicht der KPD gegen die reformistische Sicht des Reichsbanners zu stellen. Immer wieder veranschlagt sie die bürgerlichen Freiheitsrechte der Weimarer Republik als 'beschränkt, falsch und verlogen' (S.65), und weicht so einer differenzierten Beurteilung aus. Als Alternative stellt sie die Politik Ernst Thälmanns entgegen, über dessen Aktionseinheit Siegfried Bahne schreibt: „Im Februar 1932 betonte Thälmann noch immer, daß der Hauptstoß weiterhin gegen die Sozialdemokratie gerichtet werden sollte. Diese Taktik

wurde auf dem XII. EKKE-Plenum im September 1932 bestätigt. Bis 1934 blieb die SPD für die Kommunisten die 'soziale Hauptstütze' des deutschen Kapitalismus, das 'größte Übel' und der Hauptfeind der KPD in der eigenen Klasse; die Sozialdemokratie sollte - wie 1917 in Rußland die Menschewiki - isoliert werden." (in E. Matthias/R. Morsey: Das Ende der Parteien 1933, S. 658). Gerade dieser Zwiespalt, die Verteidigung einer unzureichenden bürgerlichen Republik, dort Bolschewisierung ließ jede Aktionseinheit diabolisch erscheinen. Noch heute kann sich die DDR-Geschichtsschreibung nicht von der Deutung der KPD lösen.

Helga Gotschlich übernimmt die alten KPD Geschichtlegenden, nach denen der RFB gegen das Reichsbanner, die KPD gegen die SPD, die sozialdemokratischen Massen gegen ihre rechten Führer, die Einheitsfrontpolitik von unten gegen die von oben, die revolutionäre Wehrpolitik gegen die reformistische ausgespielt werden muß. Unter diesen Prämissen entwirft sie dann eine knappe Darstellung des Reichsbanner. Sieht man über diesen Mangel hinweg, so erhält man einen tiefen Blick in die Archive der DDR, in der sich offenkundig noch viele Materialien des Reichsbanner erhalten haben.

Mit zahlreichen Fotos versehen ist diese Geschichtsschreibung sicher ein schönes Exemplar einer Parteigeschichtsschreibung, jedoch kaum eine für das heutige Reichsbanner geeignete Darstellung seiner Geschichte von 1924 bis 1933.

A. Madrigar

## **Freiheitsbund Berlin**

### **Wie die Freiwillige Polizei-Reserve entstand**

Ende der fünfziger Jahre, an einem trübem Novembersonntag saßen wir beim Kaffee zusammen. Mein Freund, Erich Wienig (nach dem Kriege stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Tiergarten), und unsere Frauen machten sich Gedanken über die politischen Verhältnisse. In Berlin herrschte der kalte Krieg, an den Sektorengrenzen gab es sogar Schußwechsel bei der Polizei auf beiden Seiten. Die Polizeiangehörigen waren durch die Länge der Dienstzeit physisch und psychisch überfordert. Da tauchte dann der Gedanke auf, ob es nicht möglich sei, die Polizei durch eine milizähnliche Organisation zu verstärken. Zwar hatten wir vage Vorstellungen, wie dieser Gedanke zum Tragen kommen sollte. In der nächsten Landesausschußsitzung des Freiheitsbundes haben wir dann unsere diffusen Vorstellungen vorgetragen und stießen dabei zum Teil auf Zustimmung, aber zum anderen Teil auch zunächst auf Ablehnung. Nach einer langandauernden Debatte hatten wir uns dann aber doch zusammengerauft und beschlossen, diese Gedanken dem damaligen Innensenator Joachim Lipschitz vorzutragen. An einem ersten Gespräch beim Innensenator nahmen Franz Meyer (damals Stadtrat in Kreuzberg), Ernst Carlbergh (damals Leiter des Berliner Büros für Gesamtdeutsche Fragen), Rudi Brückner (damals Leiter des Berliner Versorgungsamtes), und ich teil.

Ernst Carlbergh hatte eine politische Begründung ausgearbeitet, Erich Wienig und ich steuerten Be-

trachtungen zum technischen Ablauf bei. Nachdem der Innensenator von unseren mündlichen Vorschlägen und kurzem Überfliegen der schriftlichen Vorlagen Kenntnis genommen hatte, sah er uns der Reihe nach an und murmelte etwas, was sich anhörte wie: „Nicht alle Tassen im Schrank.“ Dann setzte er uns wortreich auseinander, daß er unseren Vorschlag zwar gut fände, aber die zu erwartenden Schwierigkeiten kaum zu überwinden seien. Von sich aus sehe er kaum eine Möglichkeit, einen solchen Plan durchzusetzen. Als er andeutete, daß er aus seiner Sicht keine Möglichkeit für die Durchführung eines solchen Planes sähe, müßten wir auf seine Mithilfe verzichten. Als ich ihn dann bat, die ganze Angelegenheit noch einmal in Ruhe zu überdenken, sagte er dies zu, mit der Bemerkung: „Ich gebe Ihnen Bescheid.“ Tatsächlich rief mich sein Büro nach etwa 2 Wochen an und bat mich um eine erneute Unterredung. Bei dieser Gelegenheit teilte er mir mit, daß er die ganze Angelegenheit noch einmal überdacht und sich entschlossen habe, den Versuch zu wagen. Dann setzten lange Verhandlungen zwischen dem Innensenator, den Fraktionen des Abgeordnetenhauses und den Alliierten Kommandostellen ein. Diese Vorverhandlungen haben sich mindestens 2 Jahre hingezogen. Während es relativ einfach war, die Fraktionen des Abgeordnetenhauses zu überzeugen, gab es Schwierigkeiten mit den Franzosen. Als diese ausgeräumt waren, zogen die Amerikaner ihre Zustimmung zurück. Das dauerte dann noch eine Reihe von Monaten, bis bei den Amerikanern befriedigende Verhandlungsergebnisse vorlagen. Beim Innensenator wurde ein Gesetzesentwurf vorbereitet, der dann später mit einigen kleinen Änderungen Gesetzeskraft erlangte. Zu diesem Zeitpunkt fand eine erneute Besprechung zwischen Herrn Lipschitz und mir statt, in der mir eröffnet wurde, daß vor der endgültigen Aufstellung der FPR ein Probelauf stattfinden müßte, von dessen Gelingen oder Mißlingen die endgültige Aufstellung abhinge. In der Zwischenzeit hatte sich eine große Zahl von Mitgliedern des Freiheitsbundes für einen solchen Probelehrgang zur Verfügung gestellt.

Kurze Zeit danach erschien in meiner Wohnung ein Polizeibeamter in Uniform, der sich als „Hauptkommissar Süß“ vorstellte. Nachdem er meine Frau aus dem Zimmer geschickt und meinen Personalausweis gewissenhaft geprüft hatte, teilte er mir mit, daß er für die ersten 3 Abendelehrgänge die bereits kuvertierten Einladungen übergeben müsse. Ich hatte die Umschläge nur noch zu adressieren und in den Briefkasten zu stecken.

In Schulzendorf (Hauptkommissar Beick), in Lankwitz (Hauptkommissar Freund), fanden mit insgesamt 100 Mann die ersten Abendelehrgänge statt, die sich 3 Monate hinzogen. Der Erfolg dieser Lehrgänge war so eklatant, daß vom Innensenator der Startschuß für die Aufstellung der FPR gegeben werden konnte. Dieser Entschluß fiel dem Innensenator umso leichter, als der gute Wille aller Beteiligten zum Erfolg geführt hatte. Die unmittelbar Beteiligten, die mit großer Begeisterung bei der Sache waren, haben bewiesen, daß der Entschluß zur Aufstellung der FPR keine Fehlentscheidung gewesen ist. Daß in Bezug auf Ausbildung und Ausrüstung

der FPR unsere ursprünglichen Erwartungen sehr wesentlich überschritten wurden, hat bei den Männern der FPR große Befriedigung hervorgerufen.

Nach 25 jährigem Bestehen der FPR kann festgestellt werden, daß die ganze Aktion ein voller Erfolg war.

Ich wünsche der FPR eine weitere gute Entwicklung und allen Berlinern, daß die FPR ernstfallmäßig nie eingesetzt werde.

R.BK.

## Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

### Zur Strukturreform im Gesundheitswesen

Ihr Kommentar, und auch Ihre Einsparungstabelle, deckt sich in keiner Weise mit unseren Beschlüssen.

Seit geraumer Zeit ist den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien bewußt, daß die ständigen Beitragsdefizite in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nicht mehr hingenommen werden können, da diese nur über Beitragssatzerhöhungen zu Lasten der Versicherten und Arbeitgeber ausgeglichen werden konnten. Daher sind sich alle bewußt, daß hier eine Reform im Gesundheitswesen notwendig ist, zudem die Kostendämpfungsgesetze der Vergangenheit keine Lösung brachten. In den letzten drei Jahren mußten die Defizite der GKV durch jährliche Beitragssatzsteigerungen von 0,4 - 0,5 Prozentpunkte ausgeglichen werden, so daß der Durchschnittsbeitrag von 1984 mit 11,5 % bei nahezu 13% angekommen ist, so hoch wie noch nie.

Daher hat die Koalition im Frühjahr 1987 die Durchführung einer Strukturreform beschlossen.

Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Strukturreform in der Gesetzlichen Krankenversicherung beantragt, die im Sommer 1987 eingesetzt wurde.

Ein besonderes Ziel des Koalitions-Konzepts zur Strukturreform ist gerade wegen der Alterssicherungsfrage die Beitragssatzstabilität in der GKV. Diese soll erreicht werden durch eine Begrenzung der Solidarität auf das erforderlich Notwendige.

Das für Heilung und Linderung nicht Notwendige soll aber herausgenommen werden.

Jedoch werden neue Hilfen eingeführt, so die Vorbeugungsuntersuchungen bei Zahnerkrankung und bei Herz-, Kreislauf-, Nieren- und Zuckerkrankheiten.

Als wichtigste Neuerung wird ambulante Pflegehilfe für die ca. 600.000 Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen eingeführt.

All dies ist in Ihrem Kommentar ausgelassen.

Dr. Karl Becker, MdB

(Anm. d. Red.: Der zwischenzeitlich vorliegende Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Bundesdrucksache 11/2237 vom

03.05.1988) zeigt, daß die an dieser Stelle bereits geäußerte Kritik auch weiterhin ihre Berechtigung behält. Nach Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens werden wir die wesentlichsten Veränderungen nochmals aufgreifen.)

## Bücher, Bücher ...

Günther Scholz

Dr. Kurt Schumacher

Econ-Verlag Düsseldorf, DM 39,80

Günther Scholz hat ein bewegtes Leben aufgezeichnet: Dr. Kurt Schumacher - der Weggefährtin nach 1945 Annemarie Renger und jenen, die miterlebt haben, gewidmet.

In den Trümmern von Hannover - wohin ihn die Nationalsozialisten nach 10 jährigem KZ-Aufenthalt 1943 entlassen hatten - sammelte er 1945 den Rest der verbliebenen und zurückgekehrten Sozialdemokraten zum Neubeginn der Sozialdemokratie, er wurde ihr erster Vorsitzender.

Der in Kulm (Westpreußen) am 13. Oktober 1895 geborene Kurt Schumacher kam aus einem gut bürgerlichen Haus - er wurde Soldat des Ersten Weltkrieges und kam schwerverwundet zurück. Seine Kriegserlebnisse drängten ihn zum Studium und zum Journalismus. Die Universität Münster verleiht ihm zum Thema „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“ für die sehr gut bestandene Prüfung magna cum laude zum Doktor der Staatswissenschaften.

Dr. Kurt Schumacher wurde Politiker - Landtagsabgeordneter der SPD und ab 1930 SPD-Reichstagsabgeordneter. In der Schwäbischen Volkswacht schrieb er feurige Leitartikel, war SPD-Vorsitzender des Ortsvereins Stuttgart, Landesverbandsvorsitzender der Kriegsbeschädigten im Reichsbund und Reichsbanner-Führer.

Den Schwerverwundeten schafften die NS-Machthaber 1933 in das Konzentrationslager Dachau. Bis 1943 mußte Kurt Schumacher hier und in anderen KZ-Lagern zubringen. Er ließ sich nicht brechen und blieb Sozialdemokrat. Seine Gesinnung half zum Überleben und auch nach 1945 grenzte er sich vom totalitären Anspruch ab und hat somit eine Vereinnahmung der Sozialdemokraten durch die Kommunisten hier verhindert. Den Weg der Sozialdemokratischen Partei und der Bundesrepublik hat er entscheidend vorgeprägt.

Auf der Grundlage von Dokumentationen und einer Fülle bisher nicht zugänglicher Quellen - vertraulichen Unterlagen - der Militäradministrationen aus der Besatzungszeit und vielen Begegnungen zeichnet der Autor das bewegte Leben des leidenschaftlichen Politikers nach, auch jene tragischen Züge, die mit dazu beitragen, daß Dr. Kurt Schumacher diese Republik, die er mitgestalten half, nur um neun Jahre überlebte.

Sein Erbe gilt es zu wahren!

Dieses sehr empfehlenswerte Buch kann mit dazu beitragen.

Heinrich L. Bode